

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Band: 25 (1933)
Heft: 5

Artikel: Zur politischen Lage
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352627>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 5

Mai 1933

25. Jahrgang

Zur politischen Lage.

Die politischen Ereignisse der letzten Wochen sind von derart grosser Tragweite für die ganze soziale Entwicklung und besonders für die Arbeiterbewegung, dass wir eine Orientierung und eine Erörterung der dadurch aufgeworfenen Probleme auch in unserer gewerkschaftlichen Monatsschrift für unbedingt notwendig halten. Zwar besorgt die Tagespresse die Diskussion in sehr reichem Ausmass, jedoch nicht immer mit der wünschenswerten Gründlichkeit und Objektivität. Es ist leider so, dass viele in den Vorkommnissen, die sich in Deutschland ereignet haben, von vornherein einfach eine Bestätigung dessen erblicken, was sie schon lange geglaubt und gesagt haben. Infolgedessen ist gewöhnlich auch schon das Urteil gemacht. Auf diese Weise ist es natürlich unmöglich, Schlussfolgerungen und Lehren zu ziehen für die eigene Bewegung. Das kann nur geschehen, wenn wir ohne Voreingenommenheit versuchen, uns ein objektives Bild zu machen.

Die Umwälzung in Deutschland ist von einer Bedeutung, die heute noch gar nicht in vollem Umfange erfasst werden kann. Es hat eine Revolution stattgefunden — denn trotz allen Versuchen, sich auf gesetzliche Grundlagen zu berufen, herrscht kein Zweifel darüber, dass in Deutschland eine Diktatur mit illegalen Mitteln regiert. Die demokratischen Rechte, vor allem das Recht der freien Meinungsäusserung, sind aufgehoben. Der unauslöschliche Schandfleck, der das neue deutsche Regime in der Weltgeschichte ewig belasten wird, besteht darin, dass Terrormassnahmen aller Art von der Vernichtung der materiellen Existenz bis zur blutigen Folterung und zum politischen Mord sich nicht etwa zufällig ereignet haben als Folge einer impulsiven Volksbewegung, die sich gegen ein Schreckensregiment erhoben hätte, sondern dass sie als planmässige Handlungen unter Billigung von höchster Stelle vorgekommen sind und noch heute vorkommen. Diese Revolution des Nationalsozialismus bringt eine

Umstellung der Staatsform. Ob sie auch eine inhaltliche Aenderung des Staates bringen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls hat es nicht den geringsten Anschein, als ob der Nationalsozialismus sein antikapitalistisches Programm verwirklichen werde. Vermutlich werden einige Massnahmen zum Schutze des Mittelstandes (Gewerbe, Bauern usw.) getroffen, im übrigen wird aber die bürgerlich-kapitalistische Politik wie bisher weiter geführt werden. Seine Hauptaufgaben erblickt der Nationalsozialismus, abgesehen von der nationalistisch-antisemitischen Welle, in der Vernichtung der Arbeiterbewegung. Und das wird nach den bisherigen Erfahrungen mit aller Gründlichkeit besorgt. Die Arbeiterbewegung, die nicht nur zu den ältesten der Welt gehört, sondern die auch in Bezug auf zahlenmässige Stärke, auf geistige Schulung und auf sozialpolitische Errungenschaften in den vordersten Reihen stand, ist verschwunden oder auf jeden Fall für lange Zeit aktionsunfähig gemacht.

Wie weit der Aufstieg Hitlers in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen begründet ist und wie weit er der Taktik der deutschen Arbeiterorganisationen zur Last gelegt werden kann, werden wir noch zu untersuchen haben. Vorerst müssen wir einfach feststellen, dass die deutsche Arbeiterbewegung durch die Aufhebung der Presse- und Meinungsfreiheit und durch Terror so geknebelt ist, dass sie für die Internationale aufgehört hat zu existieren. Es ist jedoch notwendig, über unsere Haltung gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung einige Worte zu sagen. Wir bedauern es ausserordentlich, dass einzelne Genossen sich berufen fühlen, jetzt den Richter zu spielen über die deutschen Kollegen. Sie haben dazu absolut keinen Grund; denn wer garantiert, ob sie sich unter gleichen Umständen anders verhalten würden, ja anders verhalten könnten? Wir mögen das Verhalten der deutschen Genossen, dessen innere Motivierung wir gar nicht kennen, vielfach gar nicht begreifen. Allein den guten Glauben und Willen, die Interessen der Arbeiterschaft auf die möglichst beste Weise zu vertreten, darf man den Führern und Funktionären der deutschen Arbeiterbewegung unter keinen Umständen absprechen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Freunde und Genossen in Deutschland auch jetzt noch das Menschenmögliche tun, um ihren Kampf fortzusetzen unter Einsetzung ihrer Existenz, ja ihres Lebens. Dafür verdienen sie wahrhaftig keinen Tritt von Leuten, die unter ganz andern Umständen arbeiten und kämpfen können. Diese Ablehnung ungerechtfertigter Angriffe hindert uns aber nicht zu verlangen, — wenn das auch schmerzlich ist — dass sich die Aktion der deutschen Arbeiterbewegung von derjenigen der übrigen Länder völlig trennen muss, im Interesse der deutschen Genossen selbst wie auch im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung, die den Kampf gegen den Faschismus frei führen kann. Dann können die deutschen Arbeiterorganisationen nicht mehr verantwortlich gemacht werden für das,

was im Ausland geschieht (was ja auch völlig ohne ihre Mitwirkung geschieht), und die Arbeiterinternationalen erhalten dadurch wieder die notwendige Bewegungsfreiheit. Faktisch ist ja diese Trennung bereits vollzogen.

Wenn wir die deutschen Ereignisse studieren und zu erklären suchen, so geschieht es in allererster Linie mit der Fragestellung: Was können und was müssen wir tun, um bei uns eine ähnliche Entwicklung zu verhindern? In diesem Sinne sind auch die Beiträge gemeint, die in diesem und im nächsten Heft der « Gewerkschaftlichen Rundschau » erscheinen. Die ersten beiden Artikel, die anschliessend folgen, beschränken sich mehr auf die Erklärung der Vorgänge jenseits des Rheins. Die zuständigen Instanzen des Gewerkschaftsbundes werden die Probleme vor allem vom schweizerischen Standpunkt aus beurteilen und die erforderlichen Massnahmen treffen.

Die Arbeiterorganisationen und der „nationale Staat“ in Deutschland.

Von ***

I.

Die Gestaltung des neuen « nationalen Staates », an dessen Verwirklichung sich Herr Hitler und seine Freunde befleissigen, ist noch völlig unklar. Die Reden und Schriften der heutigen Machthaber lassen nicht ihre richtigen Absichten erkennen: erstens, weil die Worte häufig nur dazu dienen, um die Taten zu verhüllen; zweitens, weil die Worte im neuen Deutschland ihren alten Sinn gewechselt haben und nunmehr etwas ganz anderes bedeuten, als sie bisher auszudrücken pflegten. Ein von oben reif vorbereiteter und planmässig durchgeführter Staatsstreich heisst im neuen Deutschland « nationale Revolution »; Gewalttaten, Ueberfälle, Menschenraub, ausgeübt durch uniformierte, gedrillte, schwer bewaffnete und besoldete Banden, werden als « Erhebung des Volkes » bezeichnet; ein System, das die Hälfte des Volkes für vogelfrei erklärt und das Land in einen Zustand des Bürgerkrieges versetzt, nennt sich « national »; Sturm der übelsten Streber auf Schreibtische wird als « Wiederherstellung des Berufsbeamtentums », Feldzug der gemeinsten Verleumdung gegen die Republikaner als « Säuberung der Verwaltung » dargestellt usw.

Wie kann man in dieser Flut der Verlogenheit den geschriebenen und gesprochenen Worten der Führer des neuen Staates glauben und auf diesem Grund über den wirklichen Sinn der Umwälzung urteilen, die sich in Deutschland vollzieht?